

Nicht Arbeitslosigkeit politisiert, sondern die Arbeitswelt Ein Experiment untersucht die Proteste gegen Simbabwe Präsidenten Mugabe

Anselm Hager

Summary: Does unemployment cause political activism? We use a field experiment in Zimbabwe and show that employment, not unemployment, sparks political activism. Participants in an employment program implemented by the International Youth Foundation were significantly more likely to become politically active compared to an unemployed control group. To explore the causal mechanism, we show that working individuals in authoritarian regimes are exposed to constant corruption and interference. This, in turn, creates grievances, which some workers voice on the streets – as was the case in 2017 during the protests against Robert Mugabe.

Kurz gefasst: Führt Arbeitslosigkeit zu politischem Aktivismus? Ein Feldexperiment in Simbabwe zeigt, dass Beschäftigung – nicht Arbeitslosigkeit – politischen Aktivismus begünstigt. Teilnehmer:innen eines Beschäftigungsprogramms der International Youth Foundation neigten deutlich stärker dazu, sich politisch einzubringen, als eine arbeitslose Kontrollgruppe. Der Grund: In autoritären Staaten geht Beschäftigung mit fortwährender Korruption und Gängelung einher. Dies führt zu Verbitterung, die die arbeitende Bevölkerung auf die Straße führt – wie im Jahre 2017 während der Anti-Mugabe-Proteste.

Was treibt Menschen an, sich gegen autoritäre Regime zur Wehr zu setzen? Politischer Aktivismus hat viele Ursachen. Armut, Ungleichheit und Unrecht können Menschen auf die Straße treiben. Im historischen Kontext ist eine Triebfeder zu besonderer Berühmtheit gelangt: Arbeitslosigkeit. Schon Karl Marx vermutete, dass Arbeitslose ihr Schicksal nicht hinnähmen, sondern sich politisch Gehör verschafften. Für diese Hypothese gibt es historische Beispiele: Der Maschinensturm der britischen Weber etwa wurde durch die Verbreitung dampfbetriebener Webmaschinen im 18. Jahrhundert entfacht, die die Weber ohne Arbeit dastehen ließ. Auch im heutigen Afrika wird Arbeitslosigkeit als treibende Kraft hinter einer Reihe von Protesten vermutet. Im Arabischen Frühling skandierten die Protestierenden Slogans gegen Korruption und Massenarbeitslosigkeit. Und auch in Simbabwe wird Arbeitslosigkeit – oder besser Unterbeschäftigung – als eine zentrale Ursache für die Proteste gegen den damaligen Präsidenten Robert Mugabe im Jahr 2017 erachtet.

Gerade in den Entwicklungsländern liegt der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Protesten auf der Hand: Arbeitslosen Menschen fehlt es an Einkommen. Sie können essenzielle Dinge des Lebens wie Nahrung, Bildung oder Gesundheit nicht erwerben. Da diese Grundgüter in den meisten Entwicklungsländern vom Staat nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden, liegt es nahe, dass Arbeitslosigkeit eine Triebfeder von Protesten ist. Zwei weitere Mechanismen kommen noch hinzu: Arbeitslose Menschen verfügen über Zeit, und sie haben wenig zu verlieren. Doch es gibt auch eine alternative Logik, nach der Arbeitslose weniger geneigt sind, sich politisch zur Wehr zu setzen. Denn politischer Aktivismus fußt auf Netzwerken, Informationen, Resilienz und nicht zuletzt Mut – all diese Faktoren werden durch Arbeitslosigkeit tendenziell geschwächt. Begünstigt Arbeitslosigkeit also tatsächlich Proteste, oder verhindert sie sie?

Um diese Frage zu beantworten, habe ich gemeinsam mit der International Youth Foundation (IYF) und Natalie Carlson (Wharton School) ein Feldexperiment durchgeführt. Kontext der Studie war Simbabwe, wo im Jahre 2017 Tausende gegen Robert Mugabe auf die Straße gegangen waren. Das übliche Vorgehen eines Experiments ist wie folgt: Die angenommene Triebfeder (hier: Arbeitslosigkeit) wird Proband:innen zufällig zugeteilt. Durch die zufällige Zuteilung werden alle anderen Variablen konstant gehalten (zum Beispiel Geschlecht, Einkommen). So kann ermittelt werden, ob die Variable wirklich einen kausalen Effekt auf das Outcome hatte – ob also Arbeitende eher geneigt sind, an Protesten teilzunehmen, als Arbeitslose.

Nun ist klar, dass man Menschen unmöglich zufällig Arbeitslosigkeit „zuteilen“ kann. Deswegen haben wir in unserer Studie den Spieß umgedreht. Gemeinsam mit der International Youth Foundation haben wir arbeitslose Simbawer:innen zufällig in ein Beschäftigungsprogramm von IYF vermittelt. Die Plätze wurden verlost, was nicht nur fair war, sondern außerdem zu einer zufälligen Zuteilung führte. Nach der Verlosung gab es also eine Beschäftigungs-Gruppe und eine Arbeitslosen-Gruppe, die die gleichen Voraussetzungen hatte. Vor und nach dem

Programm haben wir das politische Engagement beider Gruppen in mehreren Befragungen erfasst. So konnten wir untersuchen, ob Arbeitende im Vergleich zu Arbeitslosen mehr oder weniger politisch aktiv sind. Dabei wollte es der Zufall, dass der Studienzeitraum mit den Protesten gegen Präsident Mugabe im Jahre 2017 und 2018 zusammenfiel, die schließlich auch zu seinem Rücktritt führten. In dieser Zeit hatte politischer Aktivismus also besondere Relevanz.

Unsere Ergebnisse waren eindeutig. Nicht die Arbeitslosen waren politisch aktiver, sondern die Beschäftigten. Menschen, die am Beschäftigungsprogramm teilnahmen, hatten eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, sich bei einem Council Member zu beschweren, und waren auch deutlich eher geneigt, sich bei Behörden politisch einzubringen. Aus ethischen Gründen konnten wir dabei keine Fragen über individuelle Einstellungen gegenüber Robert Mugabe stellen – das hätte die Teilnehmenden womöglich in Bedrängnis gebracht. So kann unsere Studie nur Aufschluss darüber geben, ob sich politischer Aktivismus allgemein durch Arbeitslosigkeit beziehungsweise Beschäftigung erklären lässt. Die zeitliche Koinzidenz mit den Protesten lässt allerdings kaum Zweifel, dass Beschäftigung an der Überwindung der Mugabe-Herrschaft mitgewirkt hat.

Warum aber führt Beschäftigung zu politischem Aktivismus? Eingangs wurden Faktoren wie Netzwerke, Informationen und Resilienz erwähnt, die Aktivismus begünstigen können und eher bei arbeitenden Menschen zu vermuten sind. In unserer Umfrage haben wir diese Mechanismen systematisch getestet. Die Ergebnisse haben uns überrascht: Wir fanden heraus, dass die arbeitende Bevölkerung ein niedrigeres Niveau an Empowerment zu Protokoll gab. Um das zu erklären, führten wir Fokusgruppeninterviews durch. Dabei lernten wir Folgendes: Wer in Simbabwe arbeitet, lernt einen korrupten Staat kennen, der dem Einzelnen willkürlich Steine in den Weg legt und ihm oder ihr von einem Tag auf den anderen die ökonomische Geschäftsgrundlage entziehen kann. Bei unseren Proband:innen hat dies dazu geführt, dass sie sich politisch zur Wehr setzen wollten. Das erinnert an die tragische Geschichte von Mohamed Bouazizi – dem tunesischen Gemüsehändler, der sich im Jahr 2010 selbst in Brand setzte, weil er die Belästigung durch das Regime satt hatte. Die Tat löste den sogenannten Arabischen Frühling aus.



Anselm Hager ist Juniorprofessor für Internationale Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Gastwissenschaftler in der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung. (Foto: David Ausserhofer)

anselm.hager@hu-berlin.de